

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

9. Oktober 1926

Berlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 8 1/2 bis 6 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207

Zörgiebel Berliner Polizeipräsident.

Abegg Staatssekretär im Ministerium des Innern. - Weitere Ernennungen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Das preussische Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 8. d. M., vormittags, den Staatssekretär des Ministeriums des Innern, Dr. Meister, auf seinen Wunsch in den einstweiligen Ruhestand versetzt. An seiner Stelle ist zum Staatssekretär der bisherige Ministerialdirektor und Leiter der Polizeidirektion Dr. Abegg ernannt worden. Zum Leiter der Polizeidirektion des Ministeriums des Innern wurde der Ministerialdirektor Dr. Klausner vom preussischen Wohlfahrtsministerium ernannt.

Gleichzeitig hat das Staatsministerium an die Stelle des Polizeipräsidenten von Berlin, die durch die Ernennung des bisherigen Präsidenten Orzeszinski zum Minister des Innern vakant geworden ist, den bisherigen Kölner Polizeipräsidenten Zörgiebel berufen. An die Stelle des Polizeipräsidenten Zörgiebel in Köln tritt der bisherige Ministerialrat im Westpreussischen Ministerium des Innern Bauknecht.

Orzeszinskis Abschied

Der neue Minister des Innern Orzeszinski hat sich heute vormittag von den Beamten, Angestellten und Arbeitern im Polizeipräsidentenamt verabschiedet. Der große Saal des roten Hauses am Alexanderplatz war dicht gefüllt von all denen, die noch ein letztes Wort hören wollten von ihrem bisherigen Chef, der sich uneingeschränkter Beliebtheit erfreuen konnte bei allen Kategorien der Beamtenschaft, der Schutzpolizei, der Angestellten und Arbeiter. Als erster nahm Polizeipräsident Dr. Friedensburg das Wort, um dem Minister zu danken für seine vorbildliche Amtsführung. Er würdigte den Minister als Vorbild treuester Pflichterfüllung, eifriger Arbeitskraft, größter Verantwortungsfreudigkeit und als Muster unbeugbarer Hingabe an die Ideale des neuen Staates. Er hob vor allen Dingen die warme Menschlichkeit hervor, die ihn in allen seinen Amtshandlungen, sowohl seinen Beamten, wie auch der ganzen Bevölkerung gegenüber bestimmt habe. Im Namen des Beamtenausschusses der Schutzpolizei sprach Polizeioberinspektor v. Leszczynski sprach ebenfalls dem

scheidenden Polizeipräsidenten und nunmehrigen Minister des Innern die besten Wünsche und den Dank der gesamten Beamtenschaft aus.

Hierauf verabschiedete sich Orzeszinski mit etwa folgenden Worten von seinen Mitarbeitern:

„Wenn ich auch in diesen Tagen so außerordentlich viele Beweise von Anhänglichkeit an mich erfahren habe, so haben mich doch die freundlichen Worte, die ich heute hier von meinen Beamten gehört habe, tief bewegt. Als ich am 14. Mai vorigen Jahres hier vor Ihnen stand, war mir nicht so ganz leicht zumute.“

Ich hatte zwar große Behörden geleitet, aber das Polizeipräsidentenamt mit seinen über 20.000 Beamten, Angestellten und Arbeitern, mit seiner ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Bedeutung, seinen außerordentlich vielen und großen Aufgaben war doch eine Behörde, für deren Führung die Verantwortung zu tragen mir etwas bange war. Ich wollte nicht, ob die Mitarbeit, um die ich bat, mir so zuteil werden würde, wie es nötig war. Heute kann ich mit großer Freude und Genugtuung feststellen, daß mir diese Mitarbeit zuteil geworden ist, freudig und willig. Für diese Mitarbeit, nicht für die Mitarbeit an sich, danke ich Ihnen von ganzem Herzen. Sie allein hat es mir ermöglicht, das zu tun, was ich getan habe. Ich hatte mir vorgenommen, meinen Beamten, Angestellten und Arbeitern als Menschen zu begegnen; es war mir ein Bedürfnis, in jedem zunächst den Menschen zu sehen.“

Ich konnte nicht alle Wünsche erfüllen und wollte es auch nicht, denn das Interesse der Behörde, des Staates, steht obenan. Aber ich habe mit den Berufsvertretern stets gut zusammengearbeitet. Der große Erfolg, den die Polizei im letzten Jahre erzielt hat, und der sich auch in der Polizeiausstellung dokumentiert, ist darauf zurückzuführen, daß die Polizei endlich beginnt, modern zu werden, daß der einzelne Polizeibeamte beginnt, dem Bürger als Mensch gegenüberzutreten und den Bürger als Menschen zu achten. Ich wünsche, daß die Behörde so weiter, ja, noch besser geführt werden möge. Ich bitte Sie alle, das Vertrauen und die Mitarbeit auch auf meinen Nachfolger zu übertragen. Lechter Endes dienen wir ja nicht der Person, sondern der Sache, dem Lande, unserem Volke. Als berufene Schlichter der Republik und der Verfassung wollen wir auch weiterhin der Republik und damit dem ganzen deutschen Volke dienen!“

Gefährdung von Thoiry?

Unmögliche Wünsche de Jouvenels.

Paris, 8. Oktober. (EP.) Henry de Jouvenel veröffentlicht im „Matin“ einen Artikel unter der Überschrift „Eine deutsch-französische Verständigung“, worin er den Standpunkt vertritt, daß eine Einigung der europäischen Völker auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet ein notwendiges sei, wenn diese sich nicht der Gefahr aussetzen wollten, einzeln von Amerika ruiniert zu werden. Die Vorbedingung einer solchen Politik sei eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die aber nur möglich sei, wenn Deutschland die polnische Grenze garantiere und auf den Anschluß Österreichs verzichte. Dieser Verzicht auf den Anschluß Österreichs sei notwendig, wenn ein gutes Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich weiterbestehen soll. Wenn Deutschland wolle, daß Frankreich Konzessionen mache, so müsse Deutschland seinerseits Europa gegenüber Konzessionen machen.

Die Wünsche de Jouvenels haben zwar keinen amtlichen Charakter, aber sie zeigen, wie sich gewisse französische Kreise eine Verständigung mit Deutschland nur auf Kosten Deutschlands denken können. Sie wollen planmäßig es nicht wahrhaben, daß der Vertrag von Locarno die französischen Sicherheitsbedürfnisse in außerordentlich hohem Maße erfüllt; durch den Verzicht auf die Revision der Versailler Grenzen im Westen, durch das Verbot jeglicher Angriffshandlung und durch die Bündnisverpflichtung, die England, um von Italien zu schweigen, zugunsten Frankreichs eingegangen ist. Darüber hinaus gibt die von Frankreich gewünschte und begrüßte Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund unseren westlichen Nachbarn eine zusätzliche Sicherheit, wie sie in der Vorkriegszeit niemals bestand. Hat Frankreich damit über die Versailler Vertragsvorschriften hinaus alles an Sicherheit erlangt, was ihm billigerweise zugestanden werden konnte, so ist nicht daran zu denken, daß Deutschland darüber hinaus im Sinne de Jouvenels neue Bindungen einget. Die polnischen Grenzen sind durch den Völkerbund und durch die Schiedsgerichtsverträge von Locarno bereits garantiert, zudem hat Polen mit Zustimmung Deutschlands einen so gut wie ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhalten, der ihm eine maßgebende Stimme in der Bundesorganisation sichert. Ein Anschlag der Deutschösterreicher an das Muttervolk ist nicht nur nach den Grundgesetzen eines Selbstbestimmungsrechtes politisch und moralisch gerechtfertigt, er ist sogar indirekt in den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain vorgesehen. So wenig dies Problem im Augenblicke dringlich und lösbar ist, eine Bindung dafür, daß Deutschösterreich auf sein moralisches und deutsches Vertragsrecht für alle Zukunft verzichtet, kann schlechterdings nicht übernommen werden. Bestrebungen dieser Art sind nicht diskutabel.

Das große Wert der deutsch-französischen Verständigung wird durch solche Forderungen, wie sie de Jouvenel ausstellt, gefährdet. Sie sind nur allzu geeignet, die Grundlage des Vertrauens und der Gleichberechtigung zu zerstören. Darüber hinaus liegen sie noch einmal im Sinne des Versailler Vertrages, dessen moralischen und politischen Tugenden zu rühmen man in Frankreich nicht müde wird. Dieser Versailler Vertrag sieht die frühere Räumung des Rheinlandes ohne Gegenleistung vor. Es heißt ausdrücklich, daß es für diese frühere Räumung genügt, wenn Deutschland Sicherungen für die Vertragserfüllung gibt. Was die Reparationen anlangt, so ist diese Sicherung durch den Dawes-Plan gegeben, was die militärische Sicherung anlangt, so ist sie durch das Vertragswerk von Locarno mächtig gefördert. Der Weg über Thoiry führt nichts als Uferlose, wie de Jouvenel es vorschlägt. Im Interesse des deutsch-französischen Zusammenhanges liegt es allein, wenn die kommende Diskussion sich auf die konkreten, genau umrissenen Vorschläge Stresemanns und Briands beschränkt.

Poincarés angebliche Forderungen.

New York, 8. Oktober. (M.) „New York Herald“ berichtet aus Paris, daß die Räumung des Rheinlandes auf Grund der Besprechungen in Thoiry nicht in Frage komme, weil die Frage der Eisenbahnen einzig und allein die alliierten und assoziierten Mächte angehe. Die Pariser Wendung sei auf Grund von Vorstellungen der Kleinen Entente erfolgt, die der Meinung sei, daß auch ihre Sicherheit durch die Rheinlandsfrage berührt werde. Die Räumung der Rheinlande könne nur unter folgenden drei Bedingungen erfolgen:

- 1. Uebergabe der Ueberwachung des gesamten linken Rheinufers an den Völkerbund und ständige Ueberwachung der Brückenköpfe und strategischen Punkte durch vom Völkerbund ernannte Beobachter.
2. Zurückziehung der Besatzungstruppen nur unter der Bedingung, daß Deutschland sich ehrenwörtlich verpflichtet, den europäischen Besitzstand nicht zu ändern, so daß die Revision der Ditzingen, der Danziger, der Korridor, der Oberschlesien- und der Anklamfrage völlig ausgeschlossen würde.
3. Vollige Erfüllung der Dawesbestimmungen durch Deutschland oder Vordrängung eines wirklich ausreichenden Grundes für die Revision des Dawesplanes, womit zugleich ein Angebot verbunden sein müßte, um die französischen Schuldenverpflichtungen ausreichend sicherzustellen.

Der Korrespondent des New York Herald stellt hierzu ausdrücklich fest, daß sich damit innerhalb des Pariser Kabinetts die Politik Poincarés gegen Briand völlig durchgesetzt habe.

Südslawiens Arbeiterbewegung

Einigung und Gesundung.

Von Hermann Wendel.

Vor dem Weltkrieg war in den durch bunte Grenzpfähle voneinander getrennten Teilen des slawischen Südens, aus denen sich jetzt das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen zusammengesetzt, dem vorwiegend agrarischen Gepräge des Landes entsprechend, die moderne Gewerkschaftsbewegung zahlenmäßig nicht stark, aber in sich gefestigt und zukunftsreich. Organisierte zählte man 1913 in Slowenien 4600, in Kroatien 5188, in der Wojwodina 5000, in Bosnien 5500 und in Serbien, wo der Balkankrieg bereits Schäden geriffen hatte 4227, insgesamt also auf der Fläche des südslawischen Staates von heute 24.515. Die nationale Einigung des Jahres 1918 brachte anfangs einen allerdings etwas gewaltsamen und künstlichen Aufschwung des Wirtschaftslebens mit sich, da neue Industrien aus dem Boden gestampft wurden, aber das rasche Wachstum der Gewerkschaften in der gleichen Spanne war weniger eine Folge der Hochkonjunktur als des Elends, in das Krieg und Kriegsnachwirkungen die Arbeiter geschleudert hatten. Verzweiflung und Hoffnung stieß die Proletarier aus ihrer Vereinzelung unwiderstehlich in die Fachorganisationen, und die Gewerkschaften erlebten eine Zeit, da breit alle Schleißen aufgegangen schienen, die sie bislang von der Hauptmasse der Arbeiter getrennt hatten; die Zahl 200.000 für die gewerkschaftlich Organisierten war 1920 nicht allzu hoch gegriffen. Das entsprach ungefähr einem Fünftel aller Lohnarbeiter, deren man 600.000 in Industrie und Gewerbe, 300.000 in der Landwirtschaft und 100.000 in Bergbau und Verkehrswesen annimmt.

Aber nicht umsonst betrachtete Moskau lange den Balkan als archimedischen Punkt, Europa aus den Angeln zu heben. So eifrig wie nirgends rollte im Südosten unseres Erdteils der Rubel und die Lehre der Sowjets, und als Folge wurde die sozialistische Partei Südslawiens, deren Kern, die serbische Sozialdemokratie, früher mit der deutschen Partei theoretisch und praktisch in Schritt und Tritt marschiert war, immer mehr nach links abgedrängt, bis es 1920 zur Spaltung kam, und die Kommunisten unter der weberpolitisch noch gewerkschaftlich geschulten Arbeiterschaft eines unentwickelten Landes reiche Ernte hielten; welche Groteske, als im Mittelalter stehende Gebiete wie Mazedonien und Montenegro, in denen nie ein Fabrikhornstein geraucht hatte und in denen es von Analphabeten wimmelte, „Massenbewußte“ Kommunisten in die Stupschina entsandten! Mit der Partei zerbrach auch die Gewerkschaftsbewegung und wurde um so unheilvoller zerrüttet, als ein Ausnahmegesetz den Kommunisten, die zu „revolutionären“ Schießübungen auf Herrscher und Minister übergegangen waren, offiziell den Garaus machte, und die Jünger Moskaus sich jetzt in den Fachverbänden verschanzten. Da ihr Zentral-Arbeiter-Gewerkschaftsausschuss den der Hauptverband Südslawiens auf Tod und Teufel bekämpfte, begann bald eine Massenflucht der angeekelten Arbeiter aus den Gewerkschaften überhaupt. In dem sehr wichtigen slowenischen Kohlenbergbau etwa waren 1920: 11.230, 1924 nur mehr 723 Arbeiter organisiert, und 1923 gehörten von 100.000 Holzarbeitern nur mehr 2900, von 30.000 Lederarbeitern nur mehr 400 der Gewerkschaft an! Wenn in dem gleichen Jahr 1923 die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder auf 28.000 zusammengeschrumpft war, so zeigte sich ähnliches, rascher Aufschwung und jäher Abbruch, in den anderen südeuropäischen Ländern: auf dem Gebiet, das heute Südslawien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien einnehmen, gab es 1912: 35.000 gewerkschaftlich Organisierte, 1920: 744.000, 1923: 139.000!

Da aber in Südslawien der Zusammenbruch der Gewerkschaften in die gleiche Zeit fiel wie das Abwelken der künstlichen Wirtschaftsblüten, sahen sich die Arbeiter schulplos allen Unbilden der ökonomischen Krise ausgesetzt. Wie eine schleichende Krankheit zehrt seit Jahr und Tag Massenarbeitslosigkeit an den Kräften des Proletariats, aber auch die Lage der noch in Lohn und Brot stehenden Arbeiter ist erbärmlich. Während, nach Papierdinar gerechnet, die Kosten der notwendigsten Lebensbedürfnisse 24 mal höher sind als 1914, sind die Löhne im Durchschnitt noch nicht um das Zehnfache gestiegen; bei sechs Hauptgruppen, den Arbeitern im Metall-, Holz-, Leder-, Bau- und Nahrungsmittelgewerbe und in der graphischen Industrie, erreicht der Reallohn nur 68 Proz. des Vorkriegslohns. Hand in Hand damit geht das Bestreben der Unternehmerschaft, die sozialpolitische Gesetzgebung, die es auf dem Papier mit den einschlägigen Bestimmungen westlicher Länder annimmt, außer Kraft zu setzen. Zwar gehört es zu den unrichtigen Angaben in Henri Barbusse's Buch „Die Henker“, daß das Ministerium für Sozialpolitik in Belgrad abgeschafft worden sei, aber Bemühungen zielen in dieser Richtung, und die Arbeitszeit wird trotz der gesetzlichen Festlegung auf acht, in Ausnahmefällen auf neun und zehn Stunden, ungeschont auf zwölf, vierzehn, ja, in abgelegenen Winkeln auf sechzehn Stunden täglich ausgerekt.

Die Erkenntnis, daß die südslawische Arbeiterklasse im Zeichen der Zerspaltung ganz unter den Schlitzen komme, befühlte im Spätsommer vergangenen Jahres die Einigungstendenzen einsichtiger Köpfe hüben und drüben; gerade bei den Anhängern Moskaus trug dazu die Ueberlegung bei, daß die Verständigung zwischen Baschitsch und Raditsch, das ist: zwischen Serben und Kroaten, die letzte Hoffnung

Der Dritten Internationalen auf revolutionäre Wirren in Süd-
slawien zusehen mache. Natürlich fehlte es gleichwohl
nicht an Quertreibereien solcher Elemente, die sich vorher die
Kehle nach der „Einheitsfront“ beiser geschrien hatten, und
Unbelehrbare und Unversöhnliche blieben absiebt stehen, aber
der Einigungsgangreß, der vom 10. bis 12. Okto-
ber 1925 in Belgrad stattfand, brachte das Werk des Zu-
sammenschlusses unter Dach und Fach, indem er den Grund-
satz der politischen Neutralität, Unabhängigkeit wie vom
Kommunismus, so von der Sozialdemokratie, für die Gewer-
schaftsbewegung verkündete.

Schon bald erwies sich die Anziehungskraft des Ge-
einten Arbeiter-Gewerkschaftsverbandes
Südslawiens. Seiner Tätigkeit gelang es im Frühling
dieses Jahres, zum erstenmal wieder zu Protestversammlungen
gegen den Abbau der Sozialpolitik Arbeitermassen aus ihrer
Schlafheit und Teilnahmslosigkeit aufzurütteln und nicht
lange, so begann auch neuer Zustrom zu den Fachverbänden.
Beispiele sind der Eisenbahnerverband, der am 1. Januar 1926
2078, am 1. September 5165 Mitglieder aufwies und der
Verband der Privatangestellten, der seit Oktober letzten Jahres
1940 Mitglieder gewonnen hat und ihrer heute rund 5000
zählt. Kehtlich wird sich die Bewegung in den anderen
Gewerkschaften gestaltet haben, von denen bis zur Stunde
Zahlenangaben nicht vorliegen. Vor allem aber hat, die erste
Wiederkehr des Einigungstages praktisch zu begehen, der
Gewerkschaftsverband für das ganze Land eine große
Werbewoche vom 10. bis 17. Oktober angelegt, deren
Ergebnisse er voller Vertrauen entgegensteht.

Ohne Zweifel befindet sich die Gewerkschaftsbewegung
in Südslawien wieder auf aufsteigendem Aste und bietet
damit, trotz aller parteipolitischen Neutralität, ein Unter-
pfand, daß über kurz oder lang auch die Sozialdemo-
kratie den unheilvollen Schwächezustand, der sie lähmt
wie nie zuvor, überwunden haben wird.

Hugo Preuß.

Zum ersten Jahrestag seines Todes.

Heute vollendet sich ein Jahr, seit der demokratische Staats-
mann Hugo Preuß von einem plötzlichen Tod ereilt wurde.
Er gehört in die Reihe jener Männer, die an dem Wieder-
aufbau Deutschlands als einer demokratischen Republik maß-
gebend beteiligt gewesen sind. Die Verfassung von Weimar
ist zum großen Teil sein geistiges Werk.

Der scheidende englische Botschafter Lord d'Abernon hat
gestern in seiner Abschiedsrede an den Reichspräsidenten das
große Werk gefeiert, das Deutschland an sich selbst seit seinem
Zusammenbruch im Weltkrieg vollbracht hat, und er hat dabei
ebenso der „unbezwingbaren Eigenschaften“ des deutschen
Volkes gedacht, wie der einzelnen, die in schwerster Zeit,
„durch weise Führung“ das deutsche Staatswesen retteten. Er
hat damit ausgesprochen, was die Meinung des ganzen
Auslandes ist. Wir dürfen uns durch das Maß der Anerkennung,
die das Ausland den bedeutendsten Persönlichkeiten unserer
Notzeit entgegenbringt, nicht beschämen lassen. Auch als
Sozialdemokraten ehren wir die großen Verdienste des bürger-
lichen Demokraten Hugo Preuß.

Eine würdige Ehrung ist dem Toten durch den Verlag
J. C. B. Mohr erwiesen worden, der zu seinem ersten
Todesjahr unter dem Titel „Staat, Recht und Freiheit“ eine
Sammlung seiner verstreuten literarischen Arbeiten heraus-
gebracht hat. Die Auswahl ist von der Witwe des Staats-
manns vorgenommen worden, der Reichstagsabgeordnete
Dr. Theodor Heuß hat ihr eine gehaltvolle Einleitung gegeben.
Das wichtigste Stück dieses Sammelwerks, die Verfassungs-
denkschrift von 1917, ist im „Vorwärts“ schon ausführlich
gewürdigt worden.

Der Preussische Landtag sollte heute vormittag die gestern be-
gannene Erwerbslosendebatte fort. Auf der Tagesordnung steht
ferner noch die Behandlung des Magdeburger Justizskandals.

Die Sehnsucht nach dem Käfig.

Von Frank Crane (New York).
(Üebersetzung von Max Hagem).

Monsieur Giraffe vom Pariser Zoo brach sich eines Tages den
Kopf an den Stäben seines Käfigs. Was hatte dem Tier gefehlt?
Siebzehn Jahre lang war ihm Futter und Trank in Fülle gereicht
worden, ein Wäster in Vlies mit goldenen Rigen hatte ihn betreut
und dazu hatte das Tier das Vorrecht genossen, von den Menschen
angefaßt zu werden. Wahrlich, eine Karriere, die den meisten von
uns das höchste Glück bedeuten würde!

Dieser Monsieur Giraffe war schwer zu befriedigen, wie es
scheint.

Wenn du in einen Zirkus gehst, siehst du dort nicht nur die
Bestien in ihren Käfigen, nein, du siehst rund um die Manege
außerhalb des Holzstaudes auch die Menschen in Holzverschlägen.
In diesen Holzverschlägen sitzen die Zuschauer. Ganz ähnliche
Verschläge siehst du beim Boxkampf, in den Bars und bei der
Pferdeschau. Herr Niemand ist dort Herr Niemand, sofern er nur
„hinein“ kann und sich herum hat.

Und dann, gibt es die Logen in den Theatern. Es sind die
schlechtesten Plätze im Hause, und du kannst von den meisten nur
ein Segment des Bühnenbildes überschauen. Aber wer eine Barriere
um den armelichsten Platz aufzichten läßt, kann dafür dreimal soviel
verlangen wie für einen guten Platz.

Der einzige Grund, warum wir Geld haben wollen, ist der:
daß wir uns nachher einen Käfig kaufen können. Sobald ein
Mensch reich wird, kauft er sich ein Haus mit einem großen Garten
und einem hohen, eisernen Gitter rundherum. Am liebsten un-
durchsichtig. Wenn dann ein Besucher den Besitz betritt und an der Wul-
stige vorüberkommt, ohne gebissen zu werden, hat er noch Schwierig-
keiten genug, um bis ins eigentliche Haus vorzudringen. Ein Haus-
meister tritt ihm an der Türe entgegen und sieht nach, ob die
Kleider des Besuchers zureichend sind. Ein Sekretär mußtet ihn in
der Halle, um festzustellen, daß es sich bei diesem Besuch um keinen
Pump handelt.

Kommt eine Frau zu Geld, so hat sie nur einen einzigen
Wunsch: den Käfig zu finden. Sie sehnt sich nach Exklusivität. Und
die Höhe ihres gesellschaftlichen Ranges bestimmt die Anzahl der
Menschen, mit denen sie nicht zu sprechen braucht.

In der Welt hochkommen heißt nichts anderes als im richtigen
Käfig sitzen. Wir wollen in einem Sonderzug reisen oder doch in
einem Sonderabteil. Wir wollen im Hotel, daß man uns die Wahl-
zeiten auf unserem eigenen, abgeordneten Speisezimmer serviere.
Wir wollen von unserem eigenen Kammerdiener rasert werden
und nicht in der Barbierstube. Alles soll von den übrigen Menschen
abgetrennt werden.

Die „Stützungsaktion“ für Seede.

Eine merkwürdige Geschichte.

Während der Seede-Krise tauchte in einzelnen links ge-
richteten Zeitungen das Gerücht auf, daß die Offiziere ver-
schiedener Reichswehrformationen Anstalten gemacht hätten,
um in dem Konflikt zwischen dem General v. Seede und dem
Reichswehrminister einzugreifen. Dieses Gerücht wird jetzt
von den rechtsstehenden „Hamburger Nachrichten“ in folgender
Form bestätigt:

Die Bemühungen, den Generalobersten v. Seede in seiner Stel-
lung zu befestigen, werden dadurch unterstützt, daß eine Reihe von
höheren Offizieren sich für den Generalobersten v. Seede beim
Reichspräsidenten verwandte. Namentlich scheint diese Stützungs-
aktion für Seede in den Offizierskorps der norddeutschen
und mitteldeutschen Garnisonen Anklang gefunden zu haben.

Eine solche Einmischung in den Konflikt eines Offiziers
mit einem Vorgesetzten ist mit den Begriffen der mili-
tärdisziplin unvereinbar. Darf man an-
nehmen, daß den Herren Offizieren dieser Standpunkt klar
gemacht worden ist?

Die Folge von Seede's Mißgriff.

London, den 9. Oktober. (W.B.) Der diplomatische Bericht-
erstatter des „Daily Telegraph“ bezeichnet es als wahrscheinlich,
daß die Franzosen darauf bestehen werden, daß die illegale
„zeitweilige“ Einstellung des Prinzen von der Botschafter-
konferenz bei ihrer nächsten Zusammenkunft gleichzeitig mit
der Frage einer entschiedenen Einschränkung der Diszipli-
narien des Nachfolgers von Seede's behandelt werden
wird. Eine zeitweilige Einstellung des Prinzen Wilhelm als Deu-
tont stellte zweifellos einen technischen Verstoß gegen den
Verfaller Vertrag dar, während gegen seine dauernde Einstellung
in die Reichswehr kein legales Hindernis bestanden hätte.

In London ist man nicht geneigt, aus dem Rücktritt Seede's
zu folgern, daß die alliierten Mächte berechtigt seien, die deutsche
Regierung in der Wahl seines Nachfolgers zu beein-
flussen, da es sich um eine Angelegenheit handelt, die lediglich
die deutsche Regierung angeht. Ebenso wenig besteht der
Wunsch, den Anlaß zu benutzen, um durch die Botschafterkonferenz
und die Interalliierte Kontrollkommission irgendwelche neuen und
nachdrücklicheren Forderungen zu stellen.

„Der Wink von oben.“

Aus der Arbeit des Gemeindeforschers.

München, 9. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der
Sommerferien des Gemeindeforschers teilte der Vorsitzende mit,
daß die Adresse Dobners nunmehr bekannt ist. Dobner befindet
sich in Halle und kann herbeigeholt werden. Hierauf wurde in
die Vernehmung des Zeugen, Landgerichtsrats im Justizministerium,
Ehard eingetreten. Der Zeuge ist der Verfasser der Anklageschrift
gegen Reunzert und Ballg.

Schon bevor er sich mit der Sache befaßt hatte, ist ihm die
Ähnlichkeit der Fälle

Hartung, Sandmeier und Dobner ausgefallen. Der Fall
Gareis liege anders: Die Möglichkeit aber, daß auch dieser
Fall in den Kreis hereingezogen werden mußte, sei selbstverständlich
nicht außer Acht gelassen worden. Die formwählenden Versuche, die
Personen zu verschleiern, seien für ihn ein wesentliches
Indiz gewesen. Die Anklage, so führt der Zeuge fort, die ich
verfaßt habe, entspricht durchaus der Ueberzeugung, die ich auch
aus den Akten entnommen habe. Die Situation war so, daß

der Staatsanwalt unmöglich von seiner Anklage abgehen konnte,
aber trotzdem war der Stand der Sache ziemlich zweifelhaft.
Die Tatsache, daß Gademann so zurückhaltend gewesen ist, habe
ich selbstverständlich mit als Verdachtsgrund in Rechnung ge-
setzt. Ich sagte mir, Gademann könnte auszusagen, wenn er nicht
fürchtete, die anderen zu belasten.

Hg. Levi: Warum ist kein Zeugniszwang gegen Gade-

mann durchgeführt worden? Warum sind nicht auch Dr. Garkner
und Minister Dr. Roth vernommen worden?

Zeuge: Das war damals nicht notwendig, hätte es sich
als notwendig erwiesen, dann hätte man selbstverständlich ohne
Rückhalt auf die Personen die Vernehmung veranlaßt.

Hg. Levi: Der Zeuge sagte, der Fall Sandmeier sei dadurch
charakterisiert, daß neben der Verdachtsgruppe Schweighart
auch die Verdachtsgruppe Weninger bestanden hätte. Es wäre
doch sehr wohl möglich gewesen, diese beiden Verdachtsgruppen mi-
einander zu verbinden?

Zeuge: Es ist nichts unterlassen worden, eine Brücke zwischen
den verschiedenen Gruppen und Kombinationen zu schlagen. Ich
versichere, daß die Möglichkeit einer Verbindung der Verdachts-
gruppe „Mord aus politischen Gründen“ und „Mord
aus Eifersucht“ von Anfang an in Rechnung gesetzt wurden.
Es sind unendlich viel Dinge mehr geschehen, als aus den Akten her-
vorgeht.

Hierauf wurde der Kriminaloberinspektor Ott als Zeuge ver-
nommen. Der Zeuge war zur Zeit der Tat Vorstand der Abteilung I
in der Polizeidirektion München. Die Angelegenheit Hartung
war bekanntlich nach Behandlung in der Abteilung VIa (politische
Abteilung) plötzlich an Abteilung I überleitet worden. Der Zeuge
hatte in der Voruntersuchung ausgeagt, er sei sehr erstaunt gewesen
darüber, das die Haftbefehle, die am 13. März ausgestellt wurden,
am 14. wieder aufgehoben worden seien. Er habe sich dabei

im stillen gedacht, da müsse von irgendwoher ein Wink ergangen
sein.

Als ihn der Vorsitzende fragte, ob er auch diese Auffassung heute
noch habe, berief sich der Zeuge auf das Schweigegebot. Er
sei von der Schweigepflicht nur entbunden für die Fragen, in bezug
auf die Ueberleitung der Angelegenheit Hartung von Abteilung VIa
auf Abteilung I.

Die Verhandlung wurde hierauf unterbrochen, um die
Entbindung von der Schweigepflicht auch über andere Dinge zu er-
biten.

Inzwischen wurde die Vernehmung des Landgerichtsrats
Brunner begonnen. Dieser Zeuge hat die Voruntersuchung in der
Befeldigungssache Garkner gegen die kommunistische „Neue
Zeitung“ geführt und dabei dreimal den Rechtsanwalt Gademann
als Zeugen vernommen. Der Zeuge verlaß das Ergebnis dieser
Ermittlungen. Er schloß voraus, daß Gademann behauptet
habe, daß sein Zeugnisverweigerungsrecht schon in früheren Unter-
suchungen in Sachen Reurer anerkannt worden sei. Ich hatte, so
erklärte der Zeuge, dem Gademann gegenüber durchblicken lassen,
daß ich dieses Zeugnisverweigerungsrecht nicht anerkennen könne.
Gademann berichtete, er habe den Staatsanwälten in Augsburg
nur gesagt, daß sie zur Berichterstattung nach München
fahren sollten. Von einem Auftrag des Justizministers Dr. Roth
oder des jetzigen Justizministers Dr. Garkner sei dabei nicht die
Rede gewesen. Sowie er sich erinnere, hätten Oberleutnant
Triebsel und er vorher eine Besprechung mit Dr. Roth im Land-
tag gehabt. Er habe aus dem Verhalten Dr. Roths den Eindruck
gesehen, daß Roth auch jedem Anschein vermeiden wollte, als ob
er irgendwie in den Gang des Verfahrens eingreifen wollte. Als
einzigem zulässigen Weg habe Roth die Berichterstattung
der beiden Staatsanwälte in München bezeichnet. Ob ihm von
Dr. Roth als der zuständige Referent der Landgerichtsrat Dr.
Garkner bezeichnet wurde, dessen könne er sich nicht mehr er-
innern. Was er im einzelnen in Augsburg zu den beiden Staats-
anwälten gesagt habe,

erinnerte er sich (?) ebenfalls nicht mehr.

In der Unterredung der Staatsanwälte in dem Ministerium habe
er in keiner Weise teilgenommen. Zur Frage, welchen Erfolg
man von der Berichterstattung der beiden Staatsanwälte in München
erwartete, konnte Gademann nichts Bestimmtes sagen. Ich habe, so
führte der Zeuge fort, dann auch den Justizminister Dr. Roth ver-
nommen. Dr. Roth konnte sich an die Unterredung im Landtag über-
haupt nicht mehr erinnern. Bei einer späteren Verneh-
mung hat Gademann erklärt, daß seine Erinnerung an Einzel-
heiten nicht mehr sehr scharf sei. Er könne nur noch sagen, daß
es damals für die Einwohnerwehr weit wichtigere Dinge ge-

Dieser Instinkt lebt vom Anfang an in uns. Daß ein Kind
frei im Garten spielen und es wird alle Vögel und Insekten, die es
nicht töten kann, fangen und in einen Käfig tun.

Wenn wir sagen, daß eine Frau Vögel liebt, so meinen wir
damit, daß sie einen oder mehrere dieser armen, kleinen, wilden
Dinger in Käfigen im Haus herumhängen hat.

Man kann auch da und dort ein gefangenes Fischchen sehen.
Um dem Tiere Bewegung und Vergnügen zu schaffen, hat man ein
infernalisches Rad — eine Art Bratrost in Walzenform — erfunden,
in welchem das Tier meilenweit läuft, ohne von der Stelle zu
kommen.

Zweifellos würde sich das Tier an diesem izerlichen Käfig
freuen — wenn es ein Mensch wäre.

Theater in der Kommandantenstraße: Egmont. Direktor,
Dramaturg, Regisseur, Theatermaler und Schauspieler haben sich
ehrigig an die Ausführung des „Egmont“ gemacht. Die Absicht
war gut, doch auf dieser Bühne ist kein Erfolg möglich. Die Schau-
spieler wurden zusammengepackt. Sie mußten Kunststücke voll-
bringen, um sich irgendwie im winzigen Raum zurechtzufinden.
Der Dramaturg verarbeitete das Stück dermaßen, daß Sinn und
Verstand verloren gingen. Man glaubte an ein Komplot gegen
Goethe. Man hatte durchaus den Eindruck, zu einer Parodie ein-
geladen zu sein. Darum lieber schweigen über die mehr als hundert
Sünden, die im Theater in der Kommandantenstraße gegen den
guten Geist der Dichtung und des Theaters begangen wurden.
Schnell diesen Egmont vom Repertoire herunter und an neue
Arbeit!

Amerikanische Reklame. Professor H. K. Frenzel, der Her-
ausgeber der Monatschrift „Gebrauchsgeschichte“, berichtete im
Künstlerhaus in der Bellevuestraße im Anschluß an eine drei-
monatige Studienreise nach Amerika über „Die Reklame im
Wirtschaftsleben Amerikas“. Lichtbilder und Original-
plakate ergänzten den ausföhrlichen Vortrag. Professor Frenzel
wies darauf hin, daß die Reklame in den Vereinigten Staaten längst
nicht mehr „Bluff“ sei, wofür viele Deutsche sie so gern noch halten,
sondern ein Faktor im Wirtschaftsleben, der von jedem Amerika-
er voll gewürdigt wird. Man weiß: Reklame erhöht den Umsatz, ver-
billigt also die Ware; Reklame ist aber in Amerika, wo ein Schild
am Broadway anderthalb Million Dollars Jahresmiete kostet,
viel zu teuer, um sie für erfolglose Waren aufzuwenden. Nur was
dem Verbraucher entgegenkommt und preiswert ist, lohnt die
Reklame. Zeitungen bringen fast nur ganzseitige, häufig bunte
Anzeigen, die sich dem Auge einprägen — die aber ebenfalls nicht
billig sind. Dafür kommt aber auch die Zeitung dem Konsumenten in
ganz anderer Weise als bei uns entgegen; sie ordnet ihre Bezüge
in Kartotheken nach ihren ungefähren Bezugsverhältnissen, und mit
Leichtigkeit kann der Kaufmann daraus erfahren, für wieviele Leser
seine Ware in Frage kommt, aber auch, wie er sie diesen Lesern am
eindringlichsten vor Augen führt. Auch die Universitäten beschäftigen
sich eingehend mit dem Reklamewesen, und der Staat verleiht
allmonatlich an alle Reklameagenturen Auszüge aus seinen Wirk-
lichkeitsstatistiken. Denn man hat erkannt, daß der Wohlstand und
die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes auf dem rechten Ver-

hältnis zwischen Produzent und Konsument beruhen. Werden
täglich 8000 Autos fabriziert, so muß man auch 8000 Menschen
täglich in die Lage versetzen, sie zu kaufen. Nicht nur Geld ist dazu
nötig — auch Zeit, die Ware zu benutzen. So kam man in Amerika
zum Freitagabendklub in vielen Betrieben, die also ihren Ange-
stellten Sonnabend und Sonntag freigeben, und man erstrebt noch
weiter gehend den Sechsstundentag. Und das ist indirekte Reklame für
zahllose Waren, deren Konsum in den Ruhestunden liegt; der schein-
bare volkswirtschaftliche Verlust — geringere Arbeitszeit bei besserer
Bezahlung — erweist sich so als Gewinn. Auf diesem Boden erwuchs
natürlich eine ganz andere Reklame als wir sie bei uns in Deutsch-
land haben. Der amerikanische Kaufmann betont vor allen Dingen,
wie angenehm es ist, eine bestimmte Ware zu besitzen, durch Bilder,
auf denen schöne Frauen, aber auch starke Sportmenschen und
zufriedene Greise die Hauptrolle spielen. Allerdings ermüdet das
Auge schließlich an diesen Wiederholungen, und deutsche Reklame-
entwürfe beginnen jetzt im amerikanischen Straßenbild in größerer
Zahl aufzutauhen, allerdings in deutlicher Anpassung an den ameri-
kanischen Geschmack. Aber es ist um amerikanische oder aus-
ländische Entwürfe handelt — der Amerikaner kennt genau das
Ziel seiner Reklame und ihre Zusammenhänge mit dem Wirtschafts-
leben. Und darum ist „amerikanische Reklame“ letzten Endes so
wirksam. Bei uns ist Reklame nur allzu oft ein Schuß ins Dunkel.
Die künstlerischste Reklame kann an dem Publikum unbeachtet vor-
übergehen, wenn eine Kleinigkeit daran verfehlt ist; aber auch die
wirksamste Reklame ist zwecklos, wenn einer Ware das Publikum
fehlt.

Das ehefeindliche Waldenburg. Das Schreiben, welches das
städtische Wohnungsamt zu Waldenburg in Schlesien den Heirats-
lustigen ins Haus schickt, muß man aufheben als ein Kulturdokument
unserer Zeit, besonders da es ohne Aufforderung an alle Braut-
paare verfaßt wird, die öffentlich aufgegeben werden. Es lautet:
„Obwohl wir bereits öffentlich davor gewarnt haben zu heiraten,
bevor Sie eine Wohnung besitzen, wollen wir Sie heute nochmals
darauf aufmerksam machen, daß Sie vor acht bis zehn Jahren keine
Wohnung zugewiesen erhalten können. Sie dürfen daher nicht das
Wohnungsamt verantwortlich machen, wenn sich Ihre Wohnverhält-
nisse unerträglich gestalten. Hg. Schade, Direktor des Wohnungs-
amtes Waldenburg.“ Wenigstens hat der Direktor des Wohnungs-
amtes einen so nett bedauernden Namen — oder ob es nur ein
Kampfschreibungsamt ist?

Erstausführungen der Woche. Dienst. Eibliche Ober: „Gurhanter“,
Mittw. Waldenburg: „Hergogin von Siba“. Freit. Waldener
Theater: Die Nationen der Jarin. Sonnt. Waldener
Theater: „Soldaten“. — Kammerplatte: „Kleine Geschichte“. —
Th. d. Völkchen: „Der städtische Kreuzberg“.

Urania-Vorträge: Drogene der Erde: 11, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

